

Ungewöhnlich offen

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 74 vom 28. März 2019

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 74 vom 28. März 2019, S. 10, unter dem Titel:

"Ungewöhnlich offen. Das relativ große Interesse an der Europawahl gründet nicht zuletzt in der Sorge vor dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Ist die bevorstehende Europawahl eine Schicksalswahl?
	A	2	Wahlabsicht
	A	3	Die meisten halten das voraussichtliche Erstarken europakritischer Parteien für bedenklich ...
	A	4	... und jeder Dritte fürchtet, dass dadurch die Handlungsfähigkeit der EU geschwächt wird
	A	5	Eher auf dem falschen Weg
	A	6	Reformbedarf, aber kein Reformwille
	A	7	Europa ist unsere Zukunft
	A	8	Europäischer Wertekanon
	A	9	Nationale versus europäische Ebene der Befugnisse und Zuständigkeiten
	A	10	Hier sollten die Mitgliedsländer stärker zusammenarbeiten
	A	11	Europapolitische Agenda
	A	12	Selbst AfD-Wähler sind mehrheitlich nicht für die Auflösung der EU und die Abschaffung des Euro
	A	13	Potentiale der Parteien
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Besonders wichtige Wahl?
		2	Kritisches Urteil
		3	Engere Kooperation
		4	Aktuelle weite Potentiale der Parteien

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Spannende Wahl

Die Ausgangslage für die Europawahl ist ungewöhnlich offen

Vor der Europawahl soll es nach dem Willen der Parteien nur einen kurzen Wahlkampf geben. Dabei spielen finanzielle Erwägungen mit, aber auch die Sorge, dass ein längerer Wahlkampf populistischen Parteien zusätzlichen Auftrieb geben könnte. Mittlerweile sind es nur noch acht Wochen bis zur Europawahl und mit Ausnahme des Dauerthemas Brexit spielen europäische Themen, Chancen und Risiken der EU in der öffentlichen Debatte eine völlig untergeordnete Rolle. Als Ergebnis dieser Nonchalance flaut das Interesse der Bürger an der Europawahl wieder ab. Noch vor wenigen Wochen waren 44 Prozent überzeugt, dass die Wahl diesmal besondere Bedeutung hat – weitaus mehr als vor der letzten Europawahl, die im Vorfeld nicht einmal jeder Dritte für besonders wichtig hielt. Seit Anfang Februar ist diese Einschätzung jedoch auf dem Rückzug; aktuell schreiben noch 34 Prozent der Wahl besondere Bedeutung zu. Dass die Europawahl 2019 eine Schicksalswahl ist, wie von Politikern gelegentlich postuliert wird, glauben nur 23 Prozent; auch dieser Anteil ist in

Schaubild 1

Tabelle A 1

den letzten Wochen gesunken.

Im Vergleich zur letzten Europawahl wird der Entscheidung jedoch immer noch größere Bedeutung zugeschrieben und auch die Absicht, sich an der Wahl zu beteiligen, liegt zurzeit höher. Im März 2014 waren sich erst 37 Prozent der Wahlberechtigten ganz sicher, dass sie zur Wahl gehen würden, aktuell sind es 45

Tabelle A 2

Prozent. Ein weiteres Drittel der Bürger schließt eine Beteiligung bisher nicht aus. Damit könnte sich der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung an Europawahlen in Deutschland 2019 fortsetzen. Schon 2014 war die Wahlbeteiligung mit gut 48 Prozent deutlich höher als bei den drei vorherigen europäischen Wahlen. Dies hatte auch damit zu tun, dass parallel zu den Europawahlen 2014 in mehr Bundesländern Kommunalwahlen abgehalten wurden als bei den vorherigen Europawahlen. Auch diesmal wird es in zehn Bundesländern gleichzeitig Kommunalwahlen geben, wobei das bevölkerungsstarke Nordrhein-Westfalen allerdings anders als 2014 seine Kommunalwahlen diesmal nicht mit der Europawahl koppeln wird.

Die größere Bedeutung, die den Wahlen diesmal zumindest teilweise zugeschrieben wird, liegt zum einen in dem derzeitigen Zustand der EU, zum anderen in der Sorge, dass nationalistische Parteien im Europäischen Parlament erheblich an Bedeutung gewinnen und die Handlungsfähigkeit der EU beeinträchtigen könnten. So begründen diejenigen, die die

Wahl diesmal für besonders wichtig halten, dies vor allem mit Sorgen um den Zusammenhalt und die Stärke der EU und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien. 56 Prozent der Bevölkerung halten es für bedenklich, dass europakritische Parteien im nächsten Parlament stärker vertreten sein werden als bisher, lediglich 13 Prozent können dieser Entwicklung Positives abgewinnen. Noch eindeutiger positionieren sich hier die politisch interessierten Bevölkerungskreise und die zur Teilnahme an der Wahl Entschlossenen; von ihnen halten annähernd drei Viertel einen höheren Anteil europakritischer Parteien im nächsten Parlament für bedenklich. Jeder Dritte fürchtet, dass eine solche Entwicklung die Handlungsfähigkeit der EU (weiter) schwächen könnte.

Tabelle A 3

Tabelle A 4

Aber nicht nur das Erstarken nationalistischer Gruppierungen beunruhigt viele, sondern auch die aktuelle Lage und Entwicklung der EU. Ganze 9 Prozent haben den Eindruck, die Europäische Union befinde sich in einem guten Zustand; 56 Prozent beurteilen den Zustand der EU zurzeit kritisch. Auch die Richtung der EU stellt nur jeden Fünften zufrieden, während 40 Prozent die Union generell auf dem falschen Weg sehen. Die überwältigende Mehrheit sieht gravierenden Reformbedarf, hat aber gleichzeitig kein Vertrauen in die Reformwilligkeit und -fähigkeit der EU.

Schaubild 2

Tabelle A 5

Tabelle A 6

Trotzdem ist die deutsche Bevölkerung weit von der Europaskepsis anderer wichtiger Mit-

gliedsländer entfernt. Bei aller Kritik ist die Mehrheit überzeugt, dass der gemeinsame europäische Weg die Zukunft des Landes ist. 55 Prozent der Bevölkerung sehen Europa als "unsere Zukunft", in der jungen Generation und in den politisch interessierten Bevölkerungskreisen knapp zwei Drittel. 23 Prozent widersprechen, in der jungen Generation nur 16 Prozent; lediglich Wähler der AfD sind mehrheitlich überzeugt, dass die Zukunft nicht eine europäische sein sollte.

Tabelle A 7

Die Bürger haben auch klare und positive Vorstellungen von einem europäischen Wertekanon. Auch wenn viele zweifeln, ob Europa eine Wertegemeinschaft ist, identifiziert die überwältigende Mehrheit die Achtung der Menschenwürde, Meinungsfreiheit, generell individuelle Freiheit, demokratische Teilhabe und Toleranz als zentrale europäische Werte. Es ist bemerkenswert, wie wenig der politische Diskurs über Europa auf diese Werte abhebt und Europa damit gegenüber vielen anderen Weltregionen als Leitbild eines freiheitlichen und weltoffenen Kontinents profiliert.

Tabelle A 8

Die große Mehrheit der Bürger spricht sich auf vielen Gebieten auch für eine engere Kooperation zwischen den Mitgliedsländern aus. Zwar möchten nur 22 Prozent generell mehr Befugnisse auf die europäische Ebene übertragen, während 38 Prozent grundsätzlich eine Stärkung der nationalen Ebene befürworten. Wenn jedoch eine engere Kooperation zur Debatte steht, sprechen sich 56 Prozent für eine

Tabelle A 9

engere Zusammenarbeit aus, nur 19 Prozent für eine eigenständigere Politik der Mitgliedsländer. Die Bürger sehen auf vielen Gebieten Vorteile einer engeren Kooperation; das gilt insbesondere für die Regelung von Asyl und Migration, innere Sicherheit und speziell die Terrorbekämpfung, bei der Außen- und Verteidigungspolitik, bei Umweltschutz, bei der Korruptionsbekämpfung, Datenschutzbestimmungen und Energiepolitik. Gerade die Flüchtlingswelle hat den Bürgern bei allen europäischen Kontroversen bewusst gemacht, wie wichtig eine enge Kooperation und das Ringen um gemeinsame Positionen sind. Auch auf diese nüchterne Einschätzung der großen Mehrheit, dass gemeinsame europäische Anstrengungen auf vielen Gebieten mehr Nutzen versprechen als eine stärker national ausgerichtete Politik, nimmt der öffentliche politische Diskurs erstaunlich wenig Bezug. Die Einschätzung, man müsse den Bürgern neue Facetten und Versprechen präsentieren, um ihnen Europa schmackhaft zu machen, spricht eher von Zweifeln der Politik, ob die Bürger den Vorteilen einer engen europäischen Kooperation, die auf der Hand liegen, große Bedeutung beimessen. So wird erwogen, den Bürgern zu vermitteln, dass eine enge Kooperation auf medizinischem Gebiet die Risiken von Krebs in wenigen Jahren weitgehend verringern kann. Dieses Versprechen wird von der Mehrheit als unglaubwürdig eingestuft und damit eher als Hybris empfunden.

Schaubild 3

Tabelle A 10

Dagegen sehen die Bürger in vielen Bereichen Vorteile einer engeren europäischen Koopera-

tion, insbesondere bei Migration, innerer Sicherheit, Umweltschutz und Bildung. Dies prägt auch die Wünsche der Bevölkerung, wie sich die EU künftig entwickeln sollte. An der Spitze dieser europapolitischen Agenda der Bürger steht die Hoffnung, dass sich die Mitgliedsländer auf eine gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik einigen, wobei sich die Mehrheit strengere Zuwanderungsregelungen wünscht. Zwei Drittel fordern auch in Europa weniger Bürokratie; Bürokratisierung ist einer der Hauptkritikpunkte der Bürger an der EU. Ein weiterer Wunsch sind einheitliche Bildungsabschlüsse in der EU, eine der Voraussetzungen für einen wahrhaft europäischen Arbeitsmarkt.

Tabelle A 11

Interessant ist auch, welche Vorschläge und Ziele in der europapolitischen Agenda keine große Rolle spielen. So wünschen sich nur 22 Prozent den Zusammenschluss der wirtschaftlich stärkeren Länder zu einem Kerneuropa, auch nur 26 Prozent eine Verkleinerung der EU. Das ist bemerkenswert, da die Bevölkerung den Mitgliederkreis als sehr heterogen wahrnimmt und die divergierenden Interessen und Kontroversen sehr bewusst registriert. Und trotzdem spielen eine Verringerung dieser Heterogenität durch weniger Mitglieder oder eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der EU in den Wünschen der Bürger, wie sich Europa entwickeln sollte, keine große Rolle. Noch weniger wünschen sich die Bürger einen europäischen Finanzminister, eine Einschränkung der Freizügigkeit innerhalb der EU und

eine Rückkehr zu nationalen Währungen. Nur 14 Prozent plädieren dafür, die Freizügigkeit einzuschränken, 13 Prozent für die Rückkehr zu nationalen Währungen. Selbst unter den Wählern der AfD, die der EU und der Währungsunion wesentlich distanzierter gegenüberstehen, unterstützt nur eine Minderheit diese Forderungen. Das Ende der EU wünschen sich nur knapp 6 Prozent der Bevölkerung, von den Anhängern der AfD 22 Prozent. Das Sentiment gegenüber Europa ist zwar in vieler Hinsicht kritisch, der aktuelle Zustand der Union gilt als nicht befriedigend. Grundsätzlich wird das Projekt der Europäischen Union, der Sinn und Nutzen einer engen Verbindung der europäischen Länder jedoch von der überwältigenden Mehrheit nicht in Frage gestellt.

Tabelle A 12

Entsprechend ist die Unterstützung für Parteien, die den europäischen Weg grundsätzlich in Frage stellen, in Deutschland geringer als in Ländern wie Italien oder Frankreich. Zwar wird auch die AfD wieder im Europäischen Parlament vertreten sein und hat Chancen, ihren Stimmanteil auszubauen. Zurzeit können sich 11 Prozent der Wahlberechtigten vorstellen, dass sie bei der Europawahl für die AfD stimmen; 2014 lag dieser Anteil wenige Wochen vor der Wahl bei 8 Prozent und ihr Ergebnis bei 7 Prozent. Wesentlich stärker haben sich jedoch die Potentiale von FDP und Grünen verändert. 2014 lag das weite Potential der Wahlberechtigten, für die die FDP in Fra-

Schaubild 4

ge kommt, nur bei 5 Prozent, jetzt bei 15 Prozent. Das schon 2014 große weite Potential der Grünen hat sich von 16 auf 33 Prozent verdoppelt. Auch wenn die Grünen ihr Potential bei Wahlen im Allgemeinen nicht annähernd ausschöpfen – 2014 lag ihr Potential bei 16 Prozent, ihr Ergebnis bei 10,7 Prozent –, haben sie gute Chancen, bei den Europawahlen einen Triumph zu feiern.

Die größeren Potentiale der Grünen und der FDP bedeuten für die Volksparteien ein erhebliches Risiko. Zwar sind ihre weiten Potentiale ähnlich groß wie 2014; da die Wähler diesmal jedoch mehr Parteien in Betracht ziehen, sind CDU/CSU und SPD bei der Wahl in einer ganz anderen Konkurrenzsituation als bei der letzten Europawahl und werden ihre Potentiale daher kaum vergleichbar ausschöpfen können. Insbesondere die potentiellen Wähler der SPD ziehen in ungewöhnlich hohem Maße auch die Wahl anderer Parteien in Betracht: für 52 Prozent von ihnen kommen auch die Grünen in Frage, für 40 Prozent die Unionsparteien, für jeden Vierten die FDP und jeden Fünften die Linke. Auch die potentiellen Wähler der Unionsparteien sind heute wesentlich besser für die Grünen und die FDP erreichbar als bei der letzten Wahl.

Tabelle A 13

Damit ist die Ausgangslage für die Europawahl 2019 wesentlich offener als vor fünf Jahren. Der Wahlkampf wird damit spannender, als es insbesondere den Volksparteien lieb sein dürfte.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1198
Befragungszeitraum:	7.03. - 21.03.2019
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Ist die bevorstehende Europawahl
eine Schicksalswahl?

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja Wahlen, die man als Schicksalswahlen bezeichnen kann, bei denen sich die Zukunft Europas entscheidet. Denken Sie, die kommende Europawahl ist eine solche Schicksalswahl, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Februar 2019 %	März 2019 %
Ist eine solche Schicksalswahl	28	23
Glaube ich nicht	50	48
Unentschieden, keine Angabe	22	29
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11099 und 12001

FRAGE: "Und werden Sie bei der Europawahl wählen gehen?
Würden Sie sagen ..."

	Wahlberechtigte insgesamt	
	März 2014 %	März 2019 %
"ja, ganz sicher"	37	45
"ja, wahrscheinlich"	32	34
"wahrscheinlich nicht"	13	9
"sicher nicht"	7	3
Unentschieden, weiß noch nicht.....	11	9
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11022 und 12001

Die meisten halten das voraussichtliche Er-
starken europakritischer Parteien für
bedenklich ...

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Europakritische Parteien werden nach der Europawahl im Mai voraussichtlich über deutlich mehr Sitze im EU-Parlament verfügen als bisher. Finden Sie das eine gute Entwicklung, oder finden Sie das eher bedenklich, oder ist Ihnen das egal?"

	Bevölkerung insgesamt	Politisch Interessierte	Zur Wahl Entschlossene
	%	%	%
Gute Entwicklung	13	12	13
Bedenklich.....	56	73	73
Ist mir egal.....	14	4	4
Unentschieden	17	11	10
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

... und jeder Dritte fürchtet, dass dadurch die Handlungsfähigkeit der EU geschwächt wird

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Europakritische Parteien werden nach der Europawahl im Mai voraussichtlich über deutlich mehr Sitze im EU-Parlament verfügen als bisher. Glauben Sie, dass die EU dadurch weniger handlungsfähig wird, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Weniger handlungsfähig.....	33
Glaube das nicht	36
Unentschieden	31
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Eher auf dem falschen Weg

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihr Eindruck: Entwickelt sich die EU derzeit alles in allem in die richtige oder eher in die falsche Richtung?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Richtige Richtung	20
Falsche Richtung.....	40
Unentschieden	40
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Reformbedarf, aber kein Reformwille

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass innerhalb der EU grundlegene politische Reformen und wichtige Veränderungen nötig sind, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Grundlegende Reformen nötig	65
Glaube das nicht.....	15
Unentschieden, keine Angabe.....	20
	<hr/>
	100

FRAGE: "Glauben Sie, dass es zu grundlegenden Reformen kommt, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Kommt zu grundlegenden Reformen.....	17
Glaube das nicht.....	54
Unentschieden, keine Angabe.....	29
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Europa ist unsere Zukunft

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn jemand sagt, 'Europa ist unsere Zukunft!' Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"

	Bev. insg.	16-29 Jährige	Politisch Interessierte	Wähler der AfD
	%	%	%	%
Ja, das stimmt.....	55	64	63	14
Meiner Meinung nach nicht richtig	23	16	23	67
Unentschieden.....	22	20	14	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

FRAGE: "Was würden Sie sagen, was von dieser Liste sind europäische Werte also Werte, die Sie mit Europa verbinden?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Demokratie.....	72
Meinungsfreiheit, Pressefreiheit.....	68
Achtung der Menschenwürde	60
Freiheit des Einzelnen, dass sich jeder selbst verwirklichen kann	60
Religionsfreiheit	59
Weltoffenheit	55
Gleichberechtigung von Frauen.....	55
Toleranz	50
Rechtsstaatlichkeit, dass man sich auf Gesetze verlassen kann	46
Freies Unternehmertum	46
Schutz von Privateigentum	41
Verantwortungsgefühl für die Schwächeren der Gesellschaft	40
Umweltbewusstsein	36
Schutz der Privatsphäre.....	36
Schutz von Minderheiten	35
Christlicher Glaube, christliche Werte.....	33
Leistungsbereitschaft	33
Soziale Gerechtigkeit	32
Familiensinn, große Bedeutung der Familie	28
Dass der Staat nicht in die Wirtschaft eingreift	14

Nationale versus europäische Ebene der Befugnisse und Zuständigkeiten

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das ganz allgemein: Sollten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten umgekehrt mehr Befugnisse zurück an die Mitgliedsstaaten übertragen werden, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Mehr Befugnisse an die EU.....	22
Mehr Befugnisse an die Staaten	38
Weder noch	25
Unentschieden	15
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Hier sollten die Mitgliedsländer stärker
zusammenarbeiten

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Bereiche. Was würden Sie sagen: In welchen dieser Bereiche sollten die Mitgliedsländer der EU stärker zusammenarbeiten?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt %
In der Flüchtlingspolitik	86
Beim Kampf gegen organisierte Kriminalität	84
Bei der Terrorabwehr.....	82
Beim Umweltschutz.....	75
In der Außenpolitik.....	64
In der Verteidigungspolitik	62
Beim Einsatz für Menschenrechte.....	61
Beim Umgang mit Korruption	58
Beim Datenschutz	57
In der Energiepolitik.....	52
In Wissenschaft und Forschung	45
Beim Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit	44
In der Wirtschaftspolitik	36
In der Gesundheitspolitik.....	34
In der Bildungspolitik	32
In der Sozialpolitik	30
In der Steuerpolitik.....	29

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11091, August/September 2018

FRAGE: "Wenn es nach Ihnen ginge: Wie sollte sich die Europäische Union entwickeln? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."
(Listenvorlage)

	Bevölk. insg.
	%
Die Mitgliedsländer sollten sich auf eine gemeinsame Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik einigen.....	71
Die EU sollte weniger bürokratisch sein	65
Es sollte einheitliche Bildungsabschlüsse innerhalb der EU geben	55
Es sollte strengere Regelungen für die Zuwanderung geben	55
Die EU sollte in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft sein und ansonsten wenig Einfluss auf die Mitgliedsländer nehmen	41
Die Europäische Union sollte sich deutlich aktiver in der Weltpolitik engagieren	36
Es sollte weniger auf europäischer und mehr auf nationaler Ebene entschieden werden	28
Es sollte eine gemeinsame europäische Armee geben	28
Es sollte weniger Mitgliedsländer geben, die EU sollte kleiner werden....	26
Die wirtschaftlich stärksten Länder sollten sich zu einem Kerneuropa zusammenschließen.....	22
Es sollte einen gemeinsamen europäischen Finanzminister geben.....	20
Es sollte mehr auf europäischer Ebene entschieden werden als bisher	18
Die Freizügigkeit zwischen den Mitgliedsländern, also die freie Wahl von Wohn-und Arbeitsort innerhalb der EU, sollte eingeschränkt werden	14
Der Euro sollte abgeschafft werden, es sollte wieder nationale Währungen geben	13
Es sollte alles weitgehend so bleiben wie bisher.....	8
Man sollte die EU ganz auflösen	6
Keine Angabe	3

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Selbst AfD-Wähler sind mehrheitlich nicht für die Auflösung der EU und die Abschaffung des Euro

Tabelle A 12
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn es nach Ihnen ginge: Wie sollte sich die Europäische Union entwickeln? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."
(Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt	Wähler der AfD
	%	%
Auszug aus den Vorgaben		
Der Euro sollte abgeschafft werden, es sollte wieder nationale Währungen geben	13	26
Man sollte die EU ganz auflösen.....	6	22

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Potentiale der Parteien

Tabelle A 13
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der Europawahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Bevölk. insg. %	Bei der EU-Wahl kämen in Frage -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	Die Grünen %	Die Linke %	AfD %
CDU/CSU	37	100	40	55	33	18	25
SPD	28	30	100	45	44	47	6
FDP	15	22	25	100	20	19	16
Die Grünen	33	29	52	44	100	53	5
Die Linke.....	12	5	19	15	19	100	6
AfD.....	11	7	3	12	2	6	100
Andere Partei.....	2	x	1	1	1	x	2

x= unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001, März 2019

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

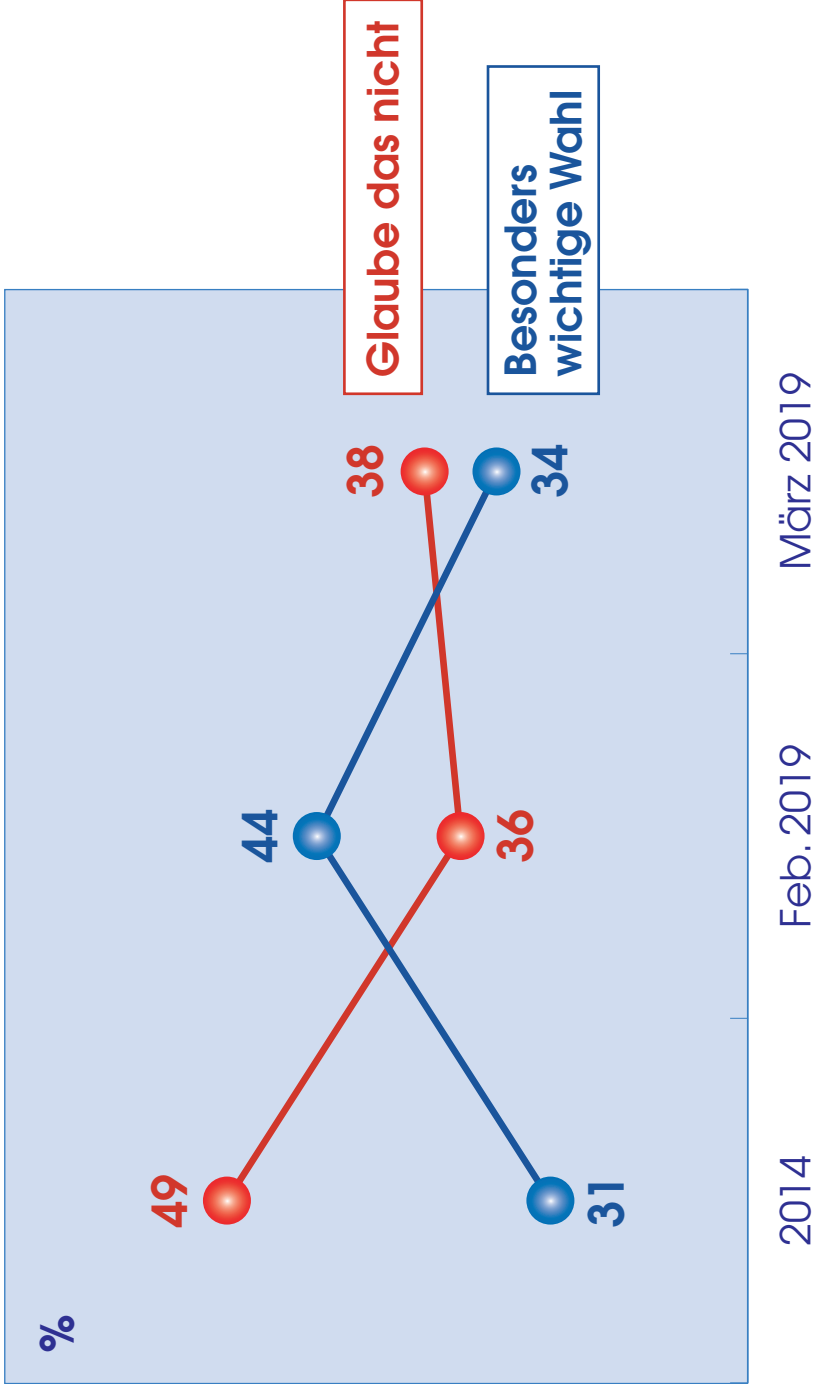
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: 5. bis 18. Januar	34,0	10,0	21,0	10,5	8,5	12,0	4,0
2. - 15. Februar	32,0	11,0	17,5	12,0	9,5	13,0	5,0
2. - 15. März	34,0	10,0	19,0	11,0	10,0	12,5	3,5
3. - 17. April	34,0	10,0	20,5	11,0	9,0	12,0	3,5
24. April - 8. Mai	34,0	9,0	20,0	11,0	10,0	11,5	4,5
1. - 13. Juni	33,0	9,5	21,0	11,0	9,5	13,0	3,0
1. - 12. Juli	30,5	9,5	20,0	12,0	9,0	15,0	4,0
27. Juli - 9. Aug.	31,0	9,0	20,0	12,5	9,0	14,5	4,0
1. - 13. September	31,5	8,5	19,5	12,5	9,0	15,0	4,0
28. Sept.-11. Okt.	29,0	8,5	19,0	15,0	9,0	15,0	4,5
2. - 15. November	28,0	9,5	17,0	19,0	9,0	13,5	4,0
1. - 12. Dezember	29,0	8,5	16,5	19,0	9,0	14,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0
1. - 13. Februar	30,0	8,0	18,0	18,5	8,0	13,5	4,0
7. - 21. März	30,0	8,5	18,0	19,0	8,5	12,0	4,0

Befragt wurden insgesamt 1.198 Personen

Schaubilder

Besonders wichtige Wahl?

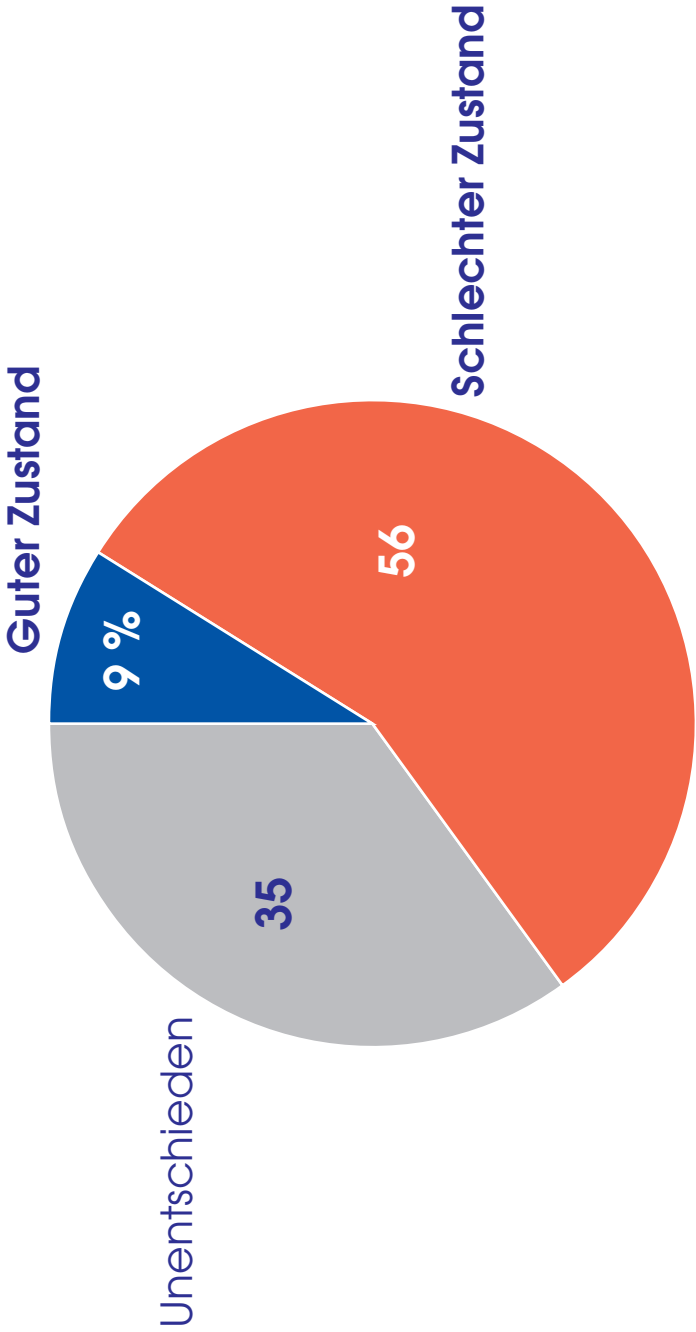
Frage: "Glauben Sie, dass die kommende Europawahl eine besonders wichtige Wahl ist, oder glauben Sie das nicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11024, 11099, 12001

Kritisches Urteil

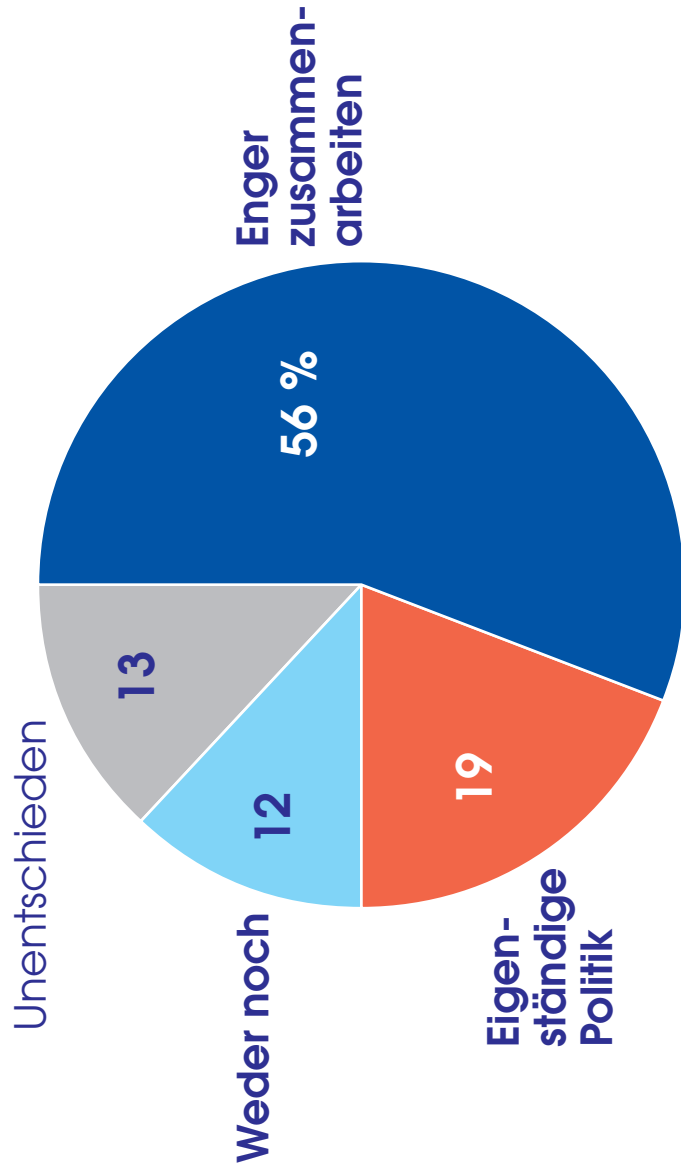
Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Ist die EU zurzeit in einem guten Zustand oder eher in einem schlechten Zustand?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage 12001

Engere Kooperation

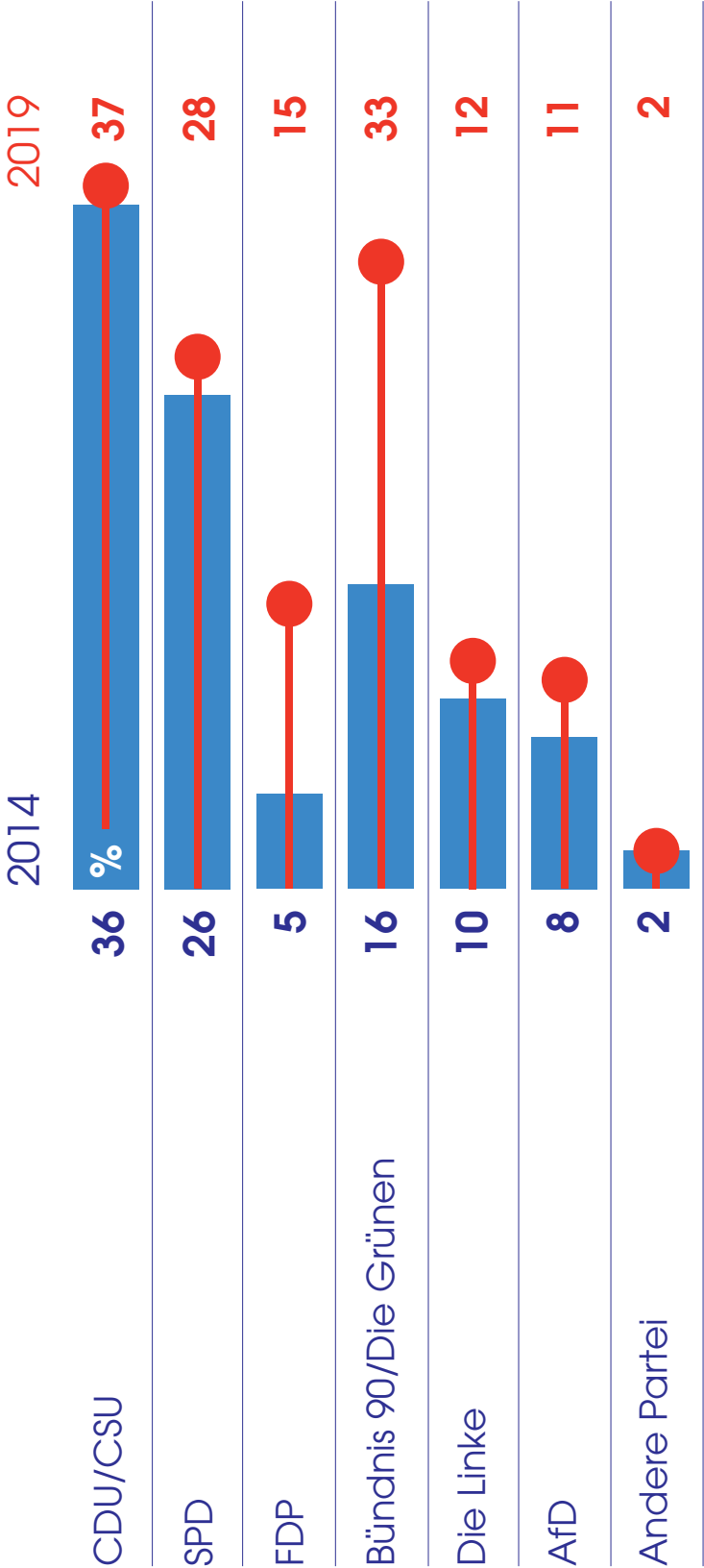
Frage: "Wie sehen Sie das ganz allgemein: Sollten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Zukunft enger zusammenarbeiten als bisher, oder sollten sie wieder verstärkt eine eigenständige Politik machen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12001

Aktuelle weite Potentiale der Parteien

Frage: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der Europawahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11022, 12001

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 74
vom 28. März 2019, S. 10, unter dem Titel:

"Ungewöhnlich offen. Das relativ große Interesse
an der Europawahl gründet nicht zuletzt in der
Sorge vor dem Erstarren rechtspopulistischer
Kräfte."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Ungewöhnlich offen



Das relativ große Interesse an der Europawahl gründet nicht zuletzt in der Sorge vor dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Vor der Europawahl soll es nach dem Willen der Parteien nur einen kurzen Wahlkampf geben. Dabei spielen finanzielle Erwägungen mit, aber auch die Sorge, dass ein längerer Wahlkampf populistischen Parteien zusätzlichen Auftrieb geben könnte. Mit Ausnahme des Dauerthemas Brexit spielen europäische Themen, Chancen und Risiken der EU in der öffentlichen Debatte eine untergeordnete Rolle. Deshalb flaut das Interesse der Bürger an der Europawahl wieder ab. Noch vor wenigen Wochen waren 44 Prozent überzeugt, dass die Wahl diesmal besondere Bedeutung hat – weitaus mehr als vor der Europawahl 2014, die nicht einmal jeder Dritte für besonders wichtig hielt. Aktuell schreiben noch 34 Prozent der Wahl besondere Bedeutung zu. Dass die Europawahl 2019 eine Schicksalswahl ist, wie von Politikern gelegentlich postuliert wird, glauben nur 23 Prozent; auch dieser Anteil ist in den vergangenen Wochen gesunken.

Im Vergleich zur vorigen Europawahl wird der Entscheidung jedoch immer noch größere Bedeutung zugeschrieben. Auch die Absicht, sich an der Wahl zu beteiligen, liegt zurzeit höher. Im März 2014 waren sich erst 37 Prozent der Wahlberechtigten ganz sicher, dass sie zur Wahl gehen würden, aktuell sind es 45 Prozent. Ein weiteres Drittel der Bürger schließt eine Beteiligung bisher nicht aus. Damit könnte sich der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung an Europawahlen in Deutschland 2019 fortsetzen. Schon 2014 war die Wahlbeteiligung mit gut 48 Prozent deutlich höher als bei den drei vorherigen europäischen Wahlen. Dies hatte auch damit zu tun, dass parallel zu der EU-

Trotz aller Skepsis glaubt die Mehrheit der Deutschen weiterhin, dass ihre Zukunft europäisch sein soll.

ropawahl 2014 in mehr Bundesländern Kommunalwahlen abgehalten wurden als bei den vorherigen Europawahlen. Auch diesmal wird es in zehn Ländern gleichzeitig Kommunalwahlen geben.

Die größere Bedeutung, die den Wahlen diesmal zumindest teilweise zugeschrieben wird, liegt zum einen an dem derzeitigen Zustand der EU, zum anderen an der Sorge, dass nationalistische Parteien im Europäischen Parlament erheblich an Bedeutung gewinnen und die Handlungsfähigkeit der EU beeinträchtigen könnten. So begründen diejenigen, die die Wahl diesmal für besonders wichtig halten, dies vor allem mit Sorgen um den Zusammenhalt und die Stärke der EU sowie dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien. 56 Prozent halten es für bedenklich, dass europakritische Parteien im nächsten Parlament stärker vertreten sein werden als bisher, lediglich 13 Prozent können dieser Entwicklung Positives abgewinnen. Noch eindeutiger positionieren sich hier die politisch interessierten Bevölkerungskreise und die zur Teilnahme an der Wahl Entschlossenen; von ihnen halten annähernd drei Viertel einen höheren Anteil europakritischer Parteien im nächsten Parlament für bedenklich. Jeder Dritte fürchtet, dass eine solche Entwicklung die Handlungsfähigkeit der EU (weiter) schwächen könnte.

Aber nicht nur das Erstarken nationalistischer Gruppierungen beunruhigt viele, sondern auch die aktuelle Lage und Entwicklung der EU. Ganze neun Prozent haben den Eindruck, die EU befinde sich in einem guten Zustand; 56 Prozent beurteilen den Zustand der EU zurzeit kritisch. Auch die Richtung der EU stellt nur jeden Fünften zufrieden, während 40 Prozent die Union generell auf dem falschen Weg sehen. Die überwältigende Mehrheit sieht gravierenden Reformbedarf, hat aber gleichzeitig kein Vertrauen in die Reformwilligkeit und -fähigkeit der EU.

Trotzdem ist die deutsche Bevölkerung weit von der Europaskepsis anderer wichtiger Mitgliedsländer entfernt. Bei aller Kritik ist die Mehrheit überzeugt, dass der gemeinsame europäische Weg die Zukunft des Landes ist. 55 Prozent der Bevöl-

kerung sehen Europa als „unsere Zukunft“, in der jungen Generation und in den politisch interessierten Bevölkerungskreisen knapp zwei Drittel. 23 Prozent widersprechen, in der jungen Generation nur 16 Prozent. Lediglich Wähler der AfD sind mehrheitlich überzeugt, dass die Zukunft nicht eine europäische sein sollte. Die Bürger haben auch klare und positive Vorstellungen von einem europäischen Wertekanon. Auch wenn viele zweifeln, ob Europa eine Wertegemeinschaft ist, identifiziert die überwältigende Mehrheit

Mitgliedsländer. Die Bürger sehen auf vielen Gebieten Vorteile einer engeren Kooperation; das gilt insbesondere für die Regelung von Asyl und Migration, die innere Sicherheit und die Terrorbekämpfung, bei der Außen- und Verteidigungspolitik, beim Umweltschutz, bei der Korruptionsbekämpfung, Datenschutzbestimmungen und Energiepolitik. Gerade die Flüchtlingswelle hat den Bürgern bewusst gemacht, wie wichtig eine enge Kooperation ist. Auch auf diese nüchterne Einschätzung der großen Mehrheit, dass

schutz und der Bildung. Dies prägt auch die Wünsche, wie sich die EU künftig entwickeln sollte. An der Spitze dieser Agenda steht die Hoffnung, dass sich die Mitgliedsländer auf eine gemeinsame Asyl- und Zuwanderungspolitik einigen, wobei sich die Mehrheit strengere Regelungen wünscht. Zwei Drittel fordern weniger Bürokratie. Ein weiterer Wunsch sind einheitliche Bildungsabschlüsse in der EU, eine der Voraussetzungen für einen wahrhaft europäischen Arbeitsmarkt.

Interessant ist auch, welche Vorschläge und Ziele keine große Rolle spielen. So wünschen sich nur 22 Prozent den Zusammenschluss der wirtschaftlich stärkeren Länder zu einem Kerneuropa, nur 26 Prozent eine Verkleinerung der EU. Das ist bemerkenswert, da die Bevölkerung den Mitgliederkreis als sehr heterogen wahrnimmt. Und trotzdem spielen eine Verringerung dieser Heterogenität durch weniger Mitglieder oder eine Zweiklassengesellschaft innerhalb der EU in den Wünschen der Bürger keine große Rolle. Noch weniger wünschen sie sich einen europäischen Finanzminister, eine Einschränkung der Freizügigkeit innerhalb der EU und eine Rückkehr zu nationalen Währungen. Nur 14 Prozent plädieren dafür, die Freizügigkeit einzuschränken, 13 Prozent für die Rückkehr zu nationalen Währungen. Selbst unter den Wählern der AfD unterstützt nur eine Minderheit diese Forderungen. Das Ende der EU wünschen sich nur knapp sechs Prozent, von den Anhängern der AfD 22 Prozent. Das Sentiment gegenüber Europa ist zwar in vieler Hinsicht kritisch, der aktuelle Zustand der Union gilt als nicht befriedigend. Grundsätzlich werden das Projekt, der Sinn und Nutzen einer engen Verbindung der europäischen Länder jedoch von der überwältigenden Mehrheit nicht in Frage gestellt.

Entsprechend ist die Unterstützung für Parteien, die den europäischen Weg grundsätzlich in Frage stellen, in Deutschland geringer als in Italien oder Frankreich. Zwar wird auch die AfD wieder im Europäischen Parlament vertreten sein und hat Chancen, ihren Stimmanteil auszubauen. Zurzeit können sich elf Prozent der Wahlberechtigten vorstellen, dass sie bei der Europawahl für die AfD stimmen;

Volksparteien haben ein Problem. Ihre Wähler ziehen die Wahl vieler Parteien in Betracht.

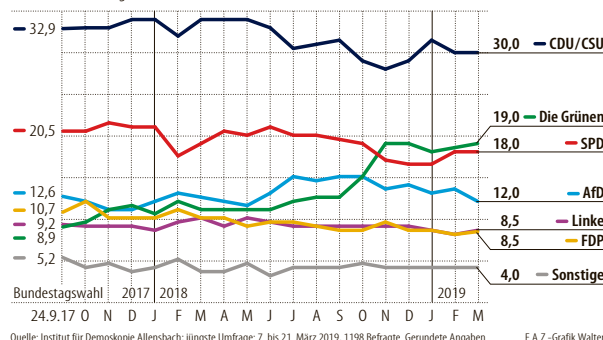
2014 lag dieser Anteil wenige Woche vor der Wahl bei acht Prozent, ihr Ergebnis bei sieben Prozent. Wesentlich stärker haben sich jedoch die Potentiale von FDP und Grünen verändert. 2014 lag das weite Potential der Wahlberechtigten, für die die FDP in Frage kommt, nur bei fünf Prozent, jetzt bei 15 Prozent. Das schon 2014 große weite Potential der Grünen hat sich von 16 auf 33 Prozent verdoppelt. Auch wenn die Grünen ihr Potential bei Wahlen im Allgemeinen nicht annähernd ausschöpfen – 2014 lag ihr Potential bei 16 Prozent, ihr Ergebnis bei 10,7 Prozent –, haben sie gute Chancen, bei den Europawahlen einen Triumph zu feiern.

Die größeren Potentiale der Grünen und der FDP bedeuten für die Volksparteien ein Risiko. Zwar sind ihre weiten Potentiale ähnlich groß wie 2014; da die Wähler diesmal jedoch mehr Parteien in Betracht ziehen, sind CDU/CSU und SPD in einer anderen Konkurrenzsituation als 2014 und werden ihre Potentiale daher kaum vergleichbar ausschöpfen können. Insbesondere die potentiellen Wähler der SPD ziehen in ungewöhnlich hohem Maße auch die Wahl anderer Parteien in Betracht: für 52 Prozent von ihnen kommen auch die Grünen in Frage, für 40 Prozent die Unionsparteien, für jeden Vierten die FDP und jeden Fünftigen die Linke. Auch die potentiellen Wähler der Unionsparteien sind heute für die Grünen und die FDP wesentlich besser erreichbar als bei der vorigen Wahl.

Damit ist die Ausgangslage für die Europawahl 2019 erheblich offener als vor fünf Jahren. Der Wahlkampf wird damit spannender, als es insbesondere den Volksparteien lieb sein dürfte.

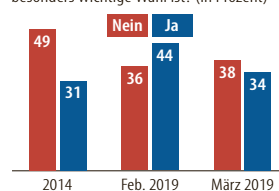
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

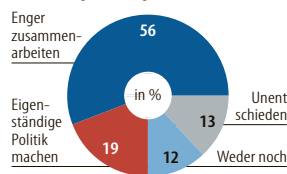


Vor der Europawahl

Glauben Sie, dass die Europawahl eine besonders wichtige Wahl ist? (in Prozent)



Sollten die EU-Mitgliedsstaaten enger zusammenarbeiten als bisher oder wieder verstärkt eigenständige Politik machen?

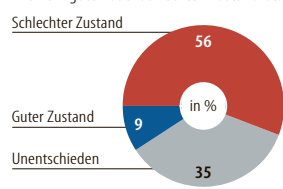


Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben.

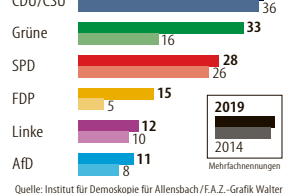
die Achtung der Menschenwürde, Meinungsfreiheit, generell individuelle Freiheit, demokratische Teilhabe und Toleranz als zentrale europäische Werte. Es ist bemerkenswert, wie wenig der politische Diskurs über Europa auf diese Werte abhebt und Europa damit gegenüber vielen anderen Weltregionen als Leitbild eines freiheitlichen und weltoffenen Kontinents profiliert.

Die große Mehrheit spricht sich auf vielen Gebieten auch für eine engere Kooperation zwischen den Mitgliedsländern aus. Zwar möchten nur 22 Prozent generell mehr Befugnisse auf die europäische Ebene übertragen, während 38 Prozent grundsätzlich eine Stärkung der nationalen Ebene befürworten. Wenn jedoch eine engere Kooperation zur Debatte steht, sprechen sich 56 Prozent für eine engere Zusammenarbeit aus, nur 19 Prozent für eine eigenständigere Politik der

Haben Sie den Eindruck, dass die EU zurzeit in einem guten oder schlechten Zustand ist?



Welche Partei könnten Sie sich vorstellen, bei der Europawahl zu wählen? (in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter

gemeinsame Anstrengungen auf vielen Gebieten mehr Nutzen versprechen als eine stärker national ausgerichtete Politik, nimmt der öffentliche politische Diskurs erstaunlich wenig Bezug. Die Einschätzung, man müsse den Bürgern neue Facetten und Versprechen präsentieren, um ihnen Europa schmackhaft zu machen, spricht eher von Zweifeln der Politik, ob die Bürger den Vorteilen einer engen Kooperation, die auf der Hand liegen, große Bedeutung beimessen. So wird erzwungen, den Bürgern zu vermitteln, dass eine enge Kooperation auf medizinischem Gebiet die Risiken von Krebs in wenigen Jahren weitgehend verringern kann. Dieses Versprechen wird von der Mehrheit als ungläubwürdig eingestuft.

Dagegen sehen die Bürger in vielen Bereichen Vorteile einer engeren europäischen Kooperation, insbesondere bei Migration, innerer Sicherheit, dem Umwelt-